Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 118 Abendblatt. Montag, den 11. März. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 10. März. Die liberale Korrespondenz kann sich nicht beruhigen, daß zu dem Verfassungs-Entwurf nicht Motive beigegeben sind und dadurch die Gelegenheit entzogen worden ist, über diese wieder dem doktrinären und büreaukratischen deutschen Charakter entsprechend eine recht gründliche endlose Diskussion pro et contra zu eröffnen. Sie ist auch so sehr von der Unentbehrlichkeit eines voluminösen Motivirungs-Aktenstücks zum Entwurf überzeugt, daß sie behauptet, den Regierungs-Bevollmächtigten der Bundesstaaten seien Motive zum Entwurf vorgelegt worden. Von kompetenter Seite wird dem widersprochen. — Die „B. B.-Ztg." und ein Berliner Korrespondent der „Elb. Z." sprechen die Ueberzeugung aus, daß der Reichstag bis Ostern seine Aufgabe gelöst haben werde. Der „Elberf. Korr." findet diese Annahme in den Wünschen der Reichstags-Mitglieder begründet, deren Mehrzahl ebenso wie die Regierung zu raschem Abschluß dränge. Als Hauptdränger bezeichnet er den Abgeordneten v. Vincke-Hagen. Es dürfte bedenklich sein, jetzt schon die Zeit des Schlusses so genau bestimmen zu wollen; die Abstimmungen über die Geschäftsordnung und die bisherigen Verhandlungen berechtigen jedoch allerdings zu der Annahme, daß die Majorität des Reichstags ihre Aufgabe weniger in Redeübungen, als in praktischen Beschlüssen suchen wird, und wenn eine sehr kleine Partei dies für ein Unglück zu halten geneigt ist, so wird unzweifelhaft bei der großen Mehrheit der Bevölkerung die Autorität des Reichstags sich nur befestigen. — Vom Rhein wurde heute gemeldet, daß wegen baldiger Aufhebung der Spielbanken die Verwendung des Reichstags angerufen werden soll und daß auch die preußische Regierung, die doch im eigenen Lande in dieser Beziehung schon ein Präjudiz gegeben habe, nicht entgegen sein werde. Wenn nun auch die Regierung allerdings prinzipiell die Beseitigung der Spielbanken erstreben dürfte, wird andererseits doch nur das Interesse der betreffenden Kommunen bei ihr die entsprechende Berücksichtigung finden. — Die Klagen des Publikums über die Mißstände der in den Eisenbahn-Reglements festgestellten langen Lieferungsfristen, wie über die mangelhaften Garantien gegen ungerechtfertigte Verzögerung des Gütertransports haben den Handelsminister veranlaßt, die Direktionen zur gutachtlichen Berichterstattung über diesen Gegenstand durch Erlaß d. d. 3. d. M. aufzufordern. In dem Erlaß wird von der Möglichkeit und dem Bedürfniß einer Feststellung kürzerer Fristen ausgegangen und die Ermittelung der etwaigen finanziellen Einwirkungen auch zur Erörterung im Bericht aufgegeben. — Bei Besprechungen der Kirchmann'schen Angelegenheit wird die politische Seite von demokratischen Blättern in den Vordergrund gestellt und die hier in einer öffentlichen Versammlung gehaltene Rede, welche den Hauptgrund zu dem Erkenntniß gegeben hat, als Nebensache geschildert. Die Untersuchung soll aber ergeben haben, daß das zu einer solchen öffentlichen Besprechung überhaupt nicht geeignete Thema, die Beschränkung der Kinderzahl, nicht in wissenschaftlicher Weise, sondern unter Empfehlung einer unsittlichen Praxis in der Rede des Herrn Kirchmann behandelt worden ist und öffentliches Aergerniß erregt hat; für das Mitglied eines höheren Richter-Kollegiums dürfte ein solcher Vorwurf wohl schwer genug wiegen.

Berlin, 10. März. Se. Maj. der König wohnten heute um 10 Uhr dem Gottesdienste im Dom bei. Um 12 Uhr empfingen Se. Majestät den Minister Grafen zu Eulenburg, um ¾3 Uhr eine Deputation aus der Stadt Osnabrück und ertheilten hiernach dem bisherigen Herzoglich braunschweigischen Geschäftsträger Freiherrn von Lochnerysen eine Abschieds-Audienz. Gegen 5 Uhr fuhren Se. Majestät nach Charlottenburg zum Diner bei Ihrer Majestät der Königin Wittwe.

— Se. Maj. der König hat der britischen und ausländischen Bibelgesellschaft, außer dem jährlichen Beitrag von 25. L. zur Förderung der Zwecke der Gesellschaft, die Summe von 100 L. zur Erbauung eines neuen Bibelhauses in London bewilligt.

— Herr und Madame Benedetti sind in Folge der schweren Erkrankung der ihnen nahe befreundeten Madame v. Lavalette gestern Abend nach Paris gereist. Herr Benedetti wird spätestens zum Geburtstage Sr. Maj. des Königs, am 22. März, wieder hier eintreffen. — Die national-liberale Partei hatte heute Morgen eine Berathung zur vorläufigen Verständigung über einzubringende Amendements.

— Die konservative Fraktion des Reichstages besteht aus folgenden Mitgliedern: Graf Eberhard zu Stolberg, Freiherr v. Bodelschwingh, v. Blanckenburg, Frhr. v. Moltke, v. Steinmetz, v. Franckenberg-Ludwigsdorf, v. Waldaw-Reitzenstein, v. Thadden, v. Schütz, v. Gräveniß, Frhr. v. d. Goltz, Graf zu Solms-Baruth, v. Arnim-Heinrichsdorf, Dr. Köster, v. Oheimb, v. Brauchitsch, v. Bismarck, v. Auerswald, Stavenhagen, Graf Pückler, v. Cottenet, Graf Lehndorff, Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf, v. Wedemeyer, Wagener, Graf Keyserling-Rautenburg, Vogel v. Falckenstein, v. Schöning, v. Holzbrinck, Freiherr v. Hüllessem, Graf Bredow, v. Gottberg, v. Lavergne-Peguilhen, Freiherr v. Romberg, Persius, v. Wurmb, v. Watzdorff-Wiesenburg, v. Kalkstein, Graf Seydewitz, v. Tyszka, v. Beerfelde, Graf Eulenburg, v. Roon, v. Jagow, Vieth, Graf Blumenthal-Suckow, v. Treskow, Graf v. Königsmarck, Schmalz, Schepler, Lucke, v. Simpson. Weiterer Zutritt wird erwartet. Den Vorsitz führt zur Zeit Graf Eberhard zu Stolberg; ein Vorstand ist definitiv noch nicht gewählt. Mehrere der hervorragenden Mitglieder der neuen Provinzen (z. B. v. Hammerstein, v. Rössing u. A.) wohnten einstweilen häufig den Fraktions-Versammlungen als Gäste bei. Die gesellschaftlichen Versammlungen und Besprechungen der Konservativen insgesammt finden täglich von 7 Uhr ab im Hotel de Rome statt.

Berlin, 9. März. (Norddeutscher Reichstag.) 9. Sitzung. (Schluß.)

Abg. Dr. Waldeck (gegen die Vorlage): Da mich das Loos zufällig in die vordere Reihe der Redner geführt hat, muß ich bemerken, daß ich leider vermöge meines Augenübels nicht in der Lage bin, so gründlich in die Sache einzugehen, wie es mir wünschenswerth wäre. Denn hierzu wäre es nöthig, sich zu vertiefen in die Zustände, die vorher waren, und in die Bestrebungen von Frankfurt und die anderen Projekte, die darauf hinausgingen, ein Parlament da hineinzufügen, wo eine Centralgewalt nicht existirte. Man müßte die Verfassung prüfen nach den Erwartungen, die das deutsche Volk und alle seine Stämme resp. Länder hegen können, die sich bereits in verfassungsmäßigen Zuständen befinden. Meine Herren, die Lage, in der wir uns befinden, ist die eigenthümlichste, in der sich jemals eine solche Versammlung befunden hat; wir sind gewählt und zusammenberufen worden, ohne daß wir auch nur die geringste Kenntniß von dem Entwurfe hatten, der uns jetzt vorliegt. Das preußische Abgeordnetenhaus hätte sehr gewünscht, daß ihm dieser Entwurf schon vorgelegen hätte, dessenungeachtet wurde das Wahlgesetz angenommen. Aber nicht nur bei dieser Gelegenheit, sondern mehrfach auch in der Adresse an Se. Maj. den König wurde ausdrücklich hervorgehoben, nur unter der Voraussetzung, daß, wenn Rechte des preußischen Volkes und Landtags zu Gunsten des Parlaments aufgegeben würden, dieses Parlament auch die Macht und die Möglichkeit zur Ausübung dieser Rechte haben müsse. Die Staatsschrift, in der dies ausgesprochen wurde, ist mit sehr bedeutender Majorität von rechts und links angenommen worden. Doch ich muß nun die Rolle, die uns hier auferlegt ist, etwas näher beleuchten. Sollen wir den Entwurf ganz ablehnen? Ich wünschte von ganzem Herzen, daß der preußische Staat, welcher nach der Annexion mehrerer nicht unbedeutender Länder eine so große und bedeutende Gestalt gewonnen hat, daß er schon jetzt im Stande ist, eine große Rolle zu spielen, zu seinen 25 Millionen auch noch jene anderen 5 Millionen fest an sich ketten könnte, die zufälliger Weise unter einer Anzahl so verschiedener Fürsten gruppirt sind, und gar nicht nach dem Wunsche der betreffenden Bevölkerung, sondern rein durch den Zufall der Geschichte. Nachdem Redner in fast einstündiger Rede den Verfassungs-Entwurf kritisirt, sagt er schließlich: Ein Parlament, das kein Recht hat, muß man nicht wollen. Ich wünsche dringend, daß eine solche Versammlung zu Stande komme, deren Rechte aber garantirt sein müssen in wirklicher und genügender Weise. Wenn Sie hierzu beitragen, meine Herren, dann können Sie der Zustimmung nicht nur der einzelnen Landtage, sondern des ganzen Volkes, der Zukunft, der Geschichte gewiß sein. (Beifall links).

Abg. Miquel (für den Entwurf): Meine Herren, die Lage, in der wir uns befinden, ist neu und originell; sie muß aus sich selbst begriffen werden, deshalb werde ich weder von Preußen und der preußischen Verfassung, als von Deutschland und der deutschen Verfassung sprechen. (Bravo!) Die Entwicklung der gegenwärtigen Lage hat nicht den idealen Begriffen entsprochen, die man in Deutschland hegte; nicht durch geistige Anstrengungen, sondern durch Gewalt und Krieg ist der Boden für den norddeutschen Bund geschaffen. Ich kann zunächst unmöglich dem Vorredner zustimmen, der für den norddeutschen Bund größere verfassungsmäßige Garantieen verlangte, als selbst in einer Verfassung, die ganz Deutschland umschlösse, niedergelegt werden müßten. Der Entwurf geht in diesen Dingen über die Reichsverfassung von 1849 hinaus. Die Bestimmungen über die einheitliche Heeresmacht und Marine lassen sich mit dem korrekten, wissenschaftlichen Bundesstaat nicht vereinen. Nichtsdestoweniger acceptire ich sie, weil sie praktisch nothwendig sind. Andererseits enthält der Entwurf Vieles, was mehr dem Staatenbund, als dem Bundesstaate entspricht. Wenn lediglich ein Majoritätsbeschluß den Willen der Centralgewalt kundgiebt, wenn eine eigentliche Centralgewalt also gar nicht konstituirt ist, wenn den einzelnen Staaten das Recht der diplomatischen Vertretung gelassen ist, wenn den einzelnen Mitgliedern daß Recht der eigenen legislatorischen Befugniß nicht untersagt ist, dann entspricht dies Alles mehr dem Staatenbunde. Wir praktischen Politiker wollen aber deshalb den Entwurf nicht tadeln. Wir wissen sehr wohl, daß die diplomatische Vertretung der einzelnen Staaten in sich unschädlich ist, und da sie ohne jeder Nutzen ziemlich kostspielig ausfällt, so werden die verschiedenen Landes-Vertretungen bald genug nicht mehr Geld fortwerfen wollen für solche unnütze Berichterstatter von Hofneuigkeiten (Heiterkeit und Zustimmung), die Gesetzgebung der einzelnen Staaten aber wird sich immerhin nach der Bundesgesetzgebung richten müssen und in gleicher Art schwinden die übrigen Bedenken. — Was den Bund selbst und seine räumliche Ausdehnung, wie die Frage anbetrifft, ob es gerechtfertigt sei, daß der Bund bloß Norddeutschland umfaßt, und den Süden Deutschlands ausschließt, so muß ich freilich gestehen, daß uns die Mainlinie stets wie ein Gespenst erschien, und daß uns der Dualismus um Vieles gefährlicher vorkam, als der Föderalismus. Nun aber haben wir die Mainlinie, das Gespenst ist wirklich geworden, und hat eben deshalb für uns aufgehört, Gespenst zu sein; ja, ich wage das Wort, daß wir jetzt die Mainlinie als eine heilsame Nothwendigkeit ansehen. (Zustimmung). Die Mainlinie ist ja nicht eine Scheidelinie zwischen Nord und Süd, wie etwa eine Grenzlinie zwischen Preußen und Oesterreich etablirt wird, nein, meine Herren, wir betrachten die Mainlinie gewissermaßen nur als Haltestelle, wo wir Athem schöpfen, Wasser und Kohlen einnehmen, um demnächst weiter zu gehen. (Lebhaftes Bravo, in das auch Graf Bismarck einstimmt, Zischen Seitens der partikularistischen Elemente.) Meine Herren, wir haben eine Verfassung für den norddeutschen Bund zu machen; nicht ein theoretisches Werk der Zukunft, sondern ein praktisches Werk der Gegenwart. Gehe ich nun zur Frage über, ob die Kompetenz des Bundes mir genügt, so kann ich im Allgemeinen auch hier mich zustimmend verhalten. Der Bund gewährt eine Centralisation der deutschen Macht zu Lande und zu Wasser und eine Centralisation im diplomatischen und Konsularwesen, außerdem die volle wirthschaftliche Einigung, die ich nicht mit dem herabsetzenden Namen des Zollparlaments, wie ein Vorredner, bezeichnen möchte. Wenn die Civilprozeßordnung, das Gewerbe- und Versicherungswesen, das Zollwesen und was sonst dahin zu rechnen ist, der Kompetenz des norddeutschen Bundes unterworfen ist, so halte ich das in der That für einen ungeheuren Fortschritt. (Bravo und Zischen.) Nur über Eins habe ich Bedenken, nämlich über die Bestimmung, daß der Bundesrath mit zwei Dritteln Majorität die Verfassung ändern könne. Was heißt das? Soll der Bund sich aus sich selbst weiter entwickeln? Sind wir nicht mehr auf die Mittel der Gewalt allein angewiesen, um in Freiheit und Einheit fortzuschreiten? Das wäre erwünscht. Aber nun entsteht die Frage, ob der Bundesrath sich das Recht vorbehält, allein über Verfassungs-Aenderungen zu entscheiden? Darauf erwarte ich Auskunft. (Graf Bismarck macht ein verneinendes Zeichen.) Ich glaube aus der Miene des Herrn Präsidenten des Bundesraths lesen zu können, daß diese Auslegung falsch ist und freue mich aufrichtig darüber, denn ich bin nicht als unzufriedener und nergelnder Kritiker hergekommen. — Aber jetzt komme ich zur Lasteneintheilung und hier ist mir der Entwurf nicht genügend. Mein Ideal ist weder die preußische, noch die braunschweigische Verfassung. Ich verlange, daß den maßvollen und korrekten Bedürfnissen des Kerns der Nation genügt wird, wo man sie nothwendig braucht. Die Bundesverfassung eliminirt in militärischen Dingen offen das Ausgabebewilligungsrecht und versucht es in verschämter Weise bei der Marine. Es führt eine Lastenvertheilung ein, die allen national-ökonomischen Grundsätzen ins Gesicht schlägt, die auf den mittelalterlichen Steuermodus zurückgreift, die mit einem Wort eine Kopfsteuer ist. Das ist unmöglich. Wir brauchen eine Reichssteuer. Erst diese begründet die volle wirthschaftliche Einigung der Nation, wie sie dazu beitragen wird, in der Steuergesetzgebung der einzelnen Staaten eine Reform herbeizuführen. Die Matrikularumlage aber wird die einzelnen Budgets in unheilbare Verwirrung stürzen. Allerdings kann die Reichssteuer nicht sofort eingeführt werden. Für die ersten Jahre wird die Matrikularumlage nöthig sein, weil der Bund Mittel gebraucht. Indessen müssen wir eine Garantie haben, daß die Reichssteuer, sobald es thunlich ist, eingeführt wird. Was das Normalbudget anbetrifft, so könnte man sagen, daß das Budget in dieser Form nicht bloß gegen das Parlament, sondern vielmehr gegen die Regierungen sicher gestellt werden soll, und daß ein Normalbudget, wenn es in einem Einheitsstaate auch gefährlich, in einem Bundesstaate doch nothwendig sei. Diese Ansicht kann ich nicht theilen. Meine Herren! Wir, meine Freunde und ich, sind entschlossen, jedes Opfer, selbst an Freiheit zu bringen, wenn es nöthig sein sollte, um den Bundesstaat zu gründen (Bravo rechts), aber wir leugnen, daß dazu Opfer in diesem Maße nothwendig sind. Ein Parlament ohne Rechte wird unmäßig sein in seinen Forderungen und revolutionär in den Mitteln, sie durchzusetzen; ein Parlament mit Rechten aber ist sich seiner Verantwortlichkeit bewußt und deshalb konservativ und mäßig. Wir müssen Institutionen schaffen, die den freien Bürger- und den freien Bauernstand befriedigen, denn auf diesen beruht die materielle Macht des Staates, und thun die Regierungen dies nicht, so stoßen sie ihre besten Bundesgenossen von sich. Wir, die wir zu der preußischen Regierung anders stehen als die preußischen Abgeordneten, die sie jahrelang bekämpft haben, wir, die wir nicht durch Erinnerungen aller Art verhindert sind, klar und objektiv zu sehen (Widerspruch links), wir, die wir mit unserer ganzen Zukunft so sehr auf die Verwirklichung der Einheit angewiesen sind und die wir nichts so sehr beklagen würden, als wenn die Regierung unsere Hand von sich stieße, wir werden einen schweren Entschluß zu fassen haben, aber wenn wirklich nicht ein deutscher Einheitsstaat, sondern nur ein vorübergehender Militärstaat geschaffen werden sollte, dann würden wir mit Trauer im Herzen sagen: Diese Verfassung können wir nicht annehmen und mit dem großen Reformator wiederholen: Wir können nicht anders. Aber ich habe das Vertrauen, daß die Königliche Regierung schließlich nicht so handeln wird (aha! links). Eine Regierung, die, man mag ihr sonst nachsagen, was man will, um Deutschland sich so verdient gemacht, die den Boden für die nationale Entwickelung geschaffen hat, sie kann diesen Boden nicht wieder preisgeben und ihr Werk vernichten wollen, um dem Volke Rechte vorzuenthalten, von denen sie das Bewußtsein haben muß, daß sie auf die Dauer doch nicht vorenthalten werden können. (Bravo und Zischen.)

Abg. Dr. Michelis (gegen die Vorlage): Für mich als preußischen Abgeordneten ist die praktische Frage die Gewissensfrage: kannst du dem auf die preußische Verfassung geschworenen Eide irgend etwas vergeben? Ich habe sie beschworen und kann keines ihrer Grundrechte aufgeben! Die Herren aus Hannover dürfen nicht vergessen, daß sie verfassungslos sind, wir aber in Preußen eine beschworene Verfassung vertreten, und daß, wenn sie diese gleich nicht mitzuhalten haben, sie uns doch mithelfen sollten im Kampfe gegen eine entnervte, verstümmelte und entstellte Verfassung. (Widerspruch rechts.) Graf Bismarck hat schon so Großes geleistet ohne Volksvertretung; er wird die Krönung des Werkes vollenden, ohne die Beitretung nöthig zu haben. Ich habe die Verfassung beschworen und ich bleibe dabei. Lieber Alles verloren, als an der Verfassung Schaden leiden.

Abg. Dr. Gerber (für die Vorlage): Es ist ein neuer Weg, den wir zu beschreiten haben, statt der Ideologie ist es der Standpunkt der Thatsachen, deren Spur zu betreten wir eingeladen werden, Thatsachen der gewaltigsten Art, die im vorigen Jahre geschehen sind und deren Produkt der vorliegende Entwurf ist. Es ist eine patriotische Pflicht, sich ihnen zu unterwerfen, sie zu acceptiren und sie für das Vaterland zu verwerthen. Der Entwurf, für den es keine Analogie giebt, hat allerdings seine großen Mängel in der formellen Organisation des Bundespräsidiums, dem schwankenden Charakter des Bundesraths und der nicht hinlänglich reichen Ausstattung des Reichstages mit parlamentarischen Rechten. Aber vergessen wir nicht, daß die Natur des Bundesstaates und die vertragsmäßige Feststellung der Grenzen seiner Wirksamkeit Schranken für den Ausbau seiner Verfassung gezogen haben. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Arbeit unserer Nachfolger zu anticipiren, sondern wir können ihnen getrost die ihrige überlassen. (Beifall.)

Abg. Dr. Rée (gegen die Vorlage): Eine Verständigung ist unmöglich mit denen, die von den Grundsätzen absehen und nur den Thatsachen huldigen, wie mit denen, die nur von ihren Ideen beherrscht werden und die Thatsachen nicht sehen. Wir bilden hier nicht Parteien in gewohnter Weise und sitzen nicht nach unseren Meinungen, können es auch nicht. Denn allen anderen Parlamenten steht nur ein Ziel vor, die Freiheit und die Rechte des Landes zu wahren; darnach theilt sich die Rechte von der Linken. Bei uns aber wirken Ziele, die Einheit und die Freiheit, verwirrend ein und die Annäherung an das Eine scheint Vielen eine Entfernung vom andern. Die Frage, welches das Höhere sei, ist eine müßige. Natürlich muß der Staat, wie der einzelne Mensch, erst die nöthige Selbstständigkeit haben, um eine Lebenseinrichtung einzuschlagen und auszufüllen; aber für den Staat sind die Institutionen der Freiheit das einzige Mittel, um seine Zwecke zu erreichen. Das ist die wahre Ursache des Preußenhasses; der Haß gegen den preußischen Staat, das preußische Volk, existirt nirgend, sondern ein Haß gegen das zeitige Ministerium und das absolutistische Regiment. (Unterbrechung rechts.) Ja, meine Herren, lassen Sie es mich offen aussprechen: ich bin Republikaner, und wenn ich dennoch für den Anschluß meiner Stadt an den von Preußen geleiteten Bund bin, so mögen sie daraus den Ernst ersehen, mit dem wir uns dieser Sache hingeben. Suchen wir den Weg zur Verständigung, und wenn von scharf konservativer wie von liberaler Seite gleich rückhaltslos verfahren wird, so werden wir ihn finden.

Abg. Wagener Neustettin (für die Vorlage): Die Regierung muthet uns nicht den Verzicht auf unsere Rechte zu, sondern ihre Ausübung mit Rücksicht auf die Thatsachen. Allerdings ist der Entwurf keine zweite Kopie der belgischen Verfassung, sondern durchaus neu: wo sonst Grundrechte standen, liest man jetzt von Eisenbahnen, und wo man sonst Menschenrechte suchte, da findet man Tarif-Bestimmungen für Kohlen und Hülsenfrüchte. Das mag sehr prosaisch, sehr nüchtern sein, aber diese nüchterne Prosa wird zur Wirklichkeit und wir werden endlich von der Herrschaft der Phrase erlöst. Der vorliegende Entwurf ist der konkrete Niederschlag weltgeschichtlicher Thatsachen, denen die (zur Linken) folgen werden und folgen müssen, sei es in 4 Wochen oder später, und die Frage ist nur ob mit gutem oder bösem Gewissen. Was das Budgetrecht und speziell den Militär-Etat betrifft, so hätte ich geglaubt, daß die letzten fünf Jahre die preußischen Abgeordneten hätten lehren müssen, dies Kapital als ein noli me tangere zu behandeln, mit dem man nur durch Kompromisse fertig wird. In dem Vorschlage einer Kontingentirung auf Grund gewisser Einnahmen kann ich nichts Freiheitswidriges finden. Auch das empfohlene Uebergangsstadium, das so lange dauern kann, bis die Einrichtungen unverrückbar geworden sind, lehne ich ab. Mit 22 selbständigen Regierungen ist nicht anders, als durch Kontingentirung auf die Dauer zu verhandeln. Ich halte es für meine Pflicht, von dieser Stelle aus offen und rückhaltlos die Hoffnung auszusprechen, daß die kleineren deutschen Fürsten je länger desto mehr begreifen werden, warum ein Lord Derby mehr in der Welt bedeutet, als einer von ihnen, und daß die Lords von England zur rechten Zeit ihre Stellung im einheitlichen Staat gesucht und gefunden haben. Was die Welt in Wahrheit beherrscht, ist das Herz, das religiöse Interesse, und der Magen, die soziale Frage. Daher der materielle Inhalt einiger Kapitel der Verfassung, die nicht aus der belgischen abgeschrieben ist. Wenn die Zustimmung der Regierungen nicht erlangt werden kann, so ist Amendirung der Verfassung mit ihrer Verwerfung identisch. Am Budgetrechte des preußischen Landtages ändert sie nichts, außer insofern Bundesgesetze, bei denen der Reichstag mitgewirkt hat, den speziellen Gesetzen der Einzelstaaten vorangehen, und wir überschätzen uns nicht, wenn wir behaupten, daß kein Land-

tag, auch der preußische nicht, gegen unseren Beschluß, den Entwurf anzunehmen, mit Erfolg Widerstand leisten wird. Der Abg. Twesten drohte mit dem Votum des preußischen Landtags, oder seine Worte klangen doch wie Drohung. Ich bezweifle seine Legitimation zu einer solchen Aeußerung ebenso wie ihre Richtigkeit. — Und sollte er Recht haben und der erste Versuch mißlingen, — der Mann an der Spitze der Regierung bürgt dafür, daß ihm der zweite gelingen wird. Bringen Sie uns daher nicht in die Lage, später im Unfrieden zu suchen, was uns heute im Frieden geboten wird. (Beifall rechts.)

Nachdem Abg. Rohden gegen die Vorlage gesprochen, wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Präsident Simson, der während eines Theiles der Sitzung durch den Herzog von Ujest vertreten wurde, zeigt an, daß im Laufe der Sitzung die Abgeordneten v. Rüding und Dekowski (so wurden die beiden Namen im Geräusche des Ausbruches verstanden) eingetreten sind.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr (Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über den Verfassungs-Entwurf).

— Bei der am 7. und 8. März c. fortgesetzten Ziehung der 5. Klasse der 148. hanoverschen Lotterie fielen folgende Hauptgewinne: Am 7.: 400 Thlr. auf Nr. 1903 und auf 2145; 200 Thlr. auf Nr. 4496, 5106 und 9535; am 8.: 4000 Thlr. auf Nr. 12,007; 1000 Thlr. auf Nr. 9213; 400 Thlr. auf Nr. 439, 1987, 7720, 11,453, 11,854 und 200 Thlr. auf Nr. 4097, 5961, 7965, 9536 und 13,959; 100 Thlr. fielen auf Nr. 10,854, 5772, 7914, 12,846, 8002, 10,426, 2750, 9053, 2047, 867, 5972, 11,256, 3378, 7704, 9174, 3553, 7331, 6627, 11,041, 8901, 6142, 5201, 8805, 13,940, 3020, 9360, 4214, 153, 823, 5012.

Köln, 9. März. Für die Feier des näher kommenden Geburtstages Sr. Majestät des Königs, welche diesmal durch die Enthüllung der Reiterstatue des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. noch besonders gehoben sein wird, werden bereits Vorkehrungen zu einem solennen Festmahl getroffen, für welches der große Gürzenichsaal in Aussicht genommen ist.

Kiel, 8. März. Das Dampfkanonenboot Chamaelon wird am 12. d. M. in Stralsund in Dienst gestellt; zum Kommandanten ist Kapitain-Lieutenant Graf v. Hacke, zum zweiten Offizier der Unterlieutenant zur See Kühn ernannt.

Stade, 6. März. In militärischen Kreisen wird die offizielle Anzeige der Anstellung und Verwendung der in die preußische Armee übergetretenen hannoverschen Offiziere mit Bestimmtheit am nächsten Sonnabend erwartet. — Die kommissarischen Verhandlungen wegen der Niederlegung der Festungswerke werden demnächst beginnen und ist der hiesige Kommandant, Major Schaumann, vom Generalgouvernement bevollmächtigt, mit dem Magistrat dieserhalb in Beziehung zu treten und etwaige Anträge und Vorschläge entgegen zu nehmen.

Ausland.

Paris, 8. März. Die Anstrengungen, Rußland zu einer Spezial-Entente in der orientalischen Frage zu bestimmen, dauern hier fort, allein von verschiedenen Seiten wird an dem Erfolge dieser Anstrengungen gezweifelt. Ueber Oesterreich äußert man seit einigen Tagen sich mit übler Laune. Es scheint, daß Hr. v. Beust mehr verlangt, als man gewähren möchte. — Die beim gesetzgebenden Körper eingebrachte Militairvorlage hat, so viel verlautet, eine sehr ungünstige Aufnahme bei den Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers gefunden. Ein Gleiches gilt von dem ebenfalls eingebrachten Gesetzvorschlage, Lamartine eine National-Belohnung von 40,000 Fr. zu gewähren.

London, 7. März. Die Königin verließ gestern im Laufe des Nachmittags Windsor, und langte kurz nach 4 Uhr mit der K. Familie und dem Prinzen Heinrich von Preußen in London an und begab sich unmittelbar darauf zu einem Besuche bei dem Prinzen und der Prinzessin von Wales. Von dort fuhr die hohe Frau später nach Buckingham-Palace, wo sie für die nächsten Tage ihre Residenz genommen hat.

Pommern.

Stettin, 11. März. Zur Feier des gestrigen Eintreffens Sr. K. H. des Kronprinzen hierselbst hatten bereits im Laufe des Vormittags die Königlichen und städtischen sowie viele Privatgebäude, die Konsulate und die im Hafen liegenden Schiffe geflaggt. Bei der Ankunft des Kronprinzen waren, obgleich ein offizieller Empfang nicht stattfand, der Herr Oberpräsident, der Kommandant und der Polizei-Direktor auf dem Bahnhofe anwesend und begab sich Sr. K. H. vom letzteren aus direkt in die Garnisonkirche zur Theilnahme am Gottesdienste und am Weiheakte der der den Truppen verliehenen Fahnenbänder. Die kirchliche Feier war um 1¼ Uhr beendet und fuhr der Kronprinz alsdann, von dem in den Straßen versammelten Publikum überall lebhaft begrüßt, nach dem Gebäude des General-Kommandos. Inzwischen war die Aufstellung der Truppen auf dem Paradeplatze erfolgt; von Mannschaften des Königs-Regiments, an deren Spitze sich die Musik dieses Regiments befand, nahete vom Schlosse her das Fahnen-Kommando, welches mit klingendem Spiel die Front der Truppen passirte und wurden die geschmückten Fahnen von den einzelnen Truppentheilen mit „Hurrah" begrüßt. Nach beendigtem Defilé wurden die Fahnen sofort nach dem Kommandanturgebäude gebracht und nahm der Kronprinz nunmehr die versammelten Truppen in Augenschein, bei welcher Gelegenheit derselbe an einzelne der dekorirten Mannschaften freundliche Worte richtete. — Nachmittags fand bei Sr. Königl. Hoh. Diner statt, Abends war der Kronprinz kurze Zeit im Theater anwesend und begab sich sodann um 8 Uhr ins Militair-Kasino. Heute früh 9 Uhr fand Besichtigung der Truppen im Ordonnanz-Anzuge statt und Mittags erfolgte mit dem gewöhnlichen Zuge die Rückreise nach Berlin.

— Der seit einiger Zeit in einer Herberge der Speicherstraße logirende italienische Thierführer Ginoccio Benedetto war mit seinem sogenannten Meister (Entrepreneur) Prato Angelo wegen Abrechnung des vorjährigen Verdienstes in Streit und so ernste Mißhelligkeiten gerathen, daß vorgestern Nachmittag im Interesse der Sicherheit beider Personen die Verhaftung des Ersteren erfolgte. Derselbe war an jenem Tage nämlich höchst aufgeregt in das Zimmer des P. A., gegen den er schon früher die Drohung ausgestoßen, ihn erschießen zu wollen, getreten und führte ein schußfertiges mit 3 Rehposten geladenes Pistol bei sich, welches ihm von dritten Personen abgenommen wurde. Er bestritt bei seiner Festnahme allerdings, irgendwie die Absicht eines Mordes gehabt zu haben.

— Vor einigen Abenden hatte die in der Hünerbeinerstraße No. 7 wohnhafte Produktenhändlerin L. ihre Wohnung verlassen und die Eingangsthüren derselben verschlossen. Bei ihrer Rückkehr fand sie die letzteren mittelst Nachschlüssels geöffnet, ebenso in der Wohnung mehrere Behältnisse gewaltsam erbrochen; die Diebe hatten muthmaßlich nach Geld gesucht, solches aber nicht gefunden und sich deshalb mit der Fortnahme einiger Kleidungsstücke begnügt.

— Vorgestern wurde ein Dienstmädchen, die bereits bestrafte unverehelichte Gr., in dem Augenblick ertappt, als sie sich mit einigen einem anderen Mädchen gestohlenen Kleidungsstücken entfernen wollte. Sie ist geständig, auch schon Tages zuvor an derselben Stelle einen Diebstahl verübt zu haben.

— Der Gerichts-Assessor Julius Karl Ferdinand Schultz bei dem Kreisgericht hieselbst ist zum Kreisrichter ernannt und der Kreisrichter Rassow zu Bergen an das Kreisgericht zu Greifswald versetzt.

— Von einem Hamburger Schiffskapitain, Namens Berg, ist an die Mitglieder des norddeutschen Reichstages ein Promemoria gerichtet worden, in welchem er zur besseren Organisation des Seemannsstandes die Gründung eines nautischen Vereins vorschlägt, dem sich außer praktischen Seemännern intelligente Fachmänner aller mit der Schifffahrt verbundenen Wissenschaften, Künste und Gewerbe anschließen sollen. Unter andern soll bei der Freizügigkeit auch die der examinirten Seefahrer aller Bundesstaaten erstrebt werden, so daß diese ohne eine weitere Prüfung ein allgemeines Feld zur Verwerthung ihrer Kenntnisse finden können. Als Sitz des Hauptverrins wird Hamburg vorgeschlagen und durch Zweigvereine in den anderen Seeplätzen eine allgemeine Verbreitung herbeigeführt werden.

— Zur Beseitigung der Uebelstände, welche aus der Trennung des Ressorts im Volksbildungswesen entstehen, sofern das Seminar- und Lehrerbildungswesen vom Provinzial-Schul-Kollegium, das Elementar-Unterrichtswesen aber von den Regierungen ressortirt, ist angeordnet worden, daß die Regierungs-Schulräthe alljährlich zu einer Sitzung des Provinzial-Schul-Kollegiums einberufen werden sollen, in welcher die gegenseitigen Erfahrungen ausgetauscht werden. Auch sollen sie zu den alle 3 Jahr stattfindenden Seminar-Revisionen zugezogen werden.

Stargard, 11. März. Die „Stgd. Ztg." schreibt: Dem Oberst und Regiments-Kommandeur des Colberg'schen Grenadier-Regiments No. 9 v. Suchten ist auf sein Ansuchen der Abschied mit Pension und dem Charakter als General-Major bewilligt worden. — Der Hauptmann II. Kl. Waldschmidt desselben Regiments ist zur Disposition gestellt. — Herr Oberst v. Suchten, unlängst von Colberg hierher versetzt, hat sich seit der kurzen Zeit der Uebernahme des Regiments-Kommandos durch sein humanes Wesen sowohl die Liebe des Regiments, als auch die der hiesigen Bürgerschaft in hohem Maße zu erwerben gewußt und nur mit Bedauern sieht man ihn aus seiner Stellung scheiden. Wie wir hören, beabsichtigt Herr v. Suchten seinen künftigen Wohnsitz in Danzig zu nehmen. — Das Kommando des 9. Regiments hat Major von Lobenthal bereits am Sonnabend übernommen.

Bublitz, 7. März. Auch hier hat man der von Kolberg angeregten Kandidatur des Prof. Droysen fast allgemein zugestimmt; da auch ein großer Theil der konservativen Partei für ihn sein dürfte, so ist seine Wahl wohl gesichert.

Belgard, 7. März. Sonnabend Mittag rückte die 2. Eskadron des Dragoner-Regiments Nr. 11, zuletzt in Schivelbein in Garnison, hier ein. Theils aus innerem Antriebe, theils um die Gehaltlosigkeit einer gegnerischen Petition zu dokumentiren und der wahren Ansicht fast aller Bürger den möglichsten Ausdruck zu geben, waren die Schützengilde und die Gewerke, den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung an der Spitze, übereingekommen, die neue Eskadron, welche sich im letzten Kriege mit ganz besonderer Bravour geschlagen und hauptsächlich in einem Gefecht mit einer feindlichen ungeheuren Ueberzahl schwere Verluste erlitten hat, festlich zu empfangen. Die Genannten begaben sich, nachdem vorher ein Umzug der Gewerke und der Schützengilde durch die Stadt mit Vorantritt der Erdmannschen Kapelle stattgefunden hatte, gegen 11 Uhr nach der Ortschaft Vorwerk, um von hier aus die Eskadron hineinzugeleiten. Gegen 12 Uhr, nach Ankunft der Erwarteten, setzte sich der Zug in Bewegung, zuerst die Vertreter der Bürgerschaft, vorauf die Erdmannsche Kapelle, dann die Dragoner, voran das Musikkorps des Regiments und die zur Bewillkommnung entgegengerittenen Offiziere. Die Straßen waren von einer freudig erregten Menge gefüllt und zum Theil mit Fahnen geziert. Auf dem Marktplatze hatten während dessen an der einen Seite desselben die 1. Eskadron des Regiments (in Kürassier-Uniform), an der anderen, anschließenden Seite die 4. Eskadron (in Husaren-Uniform) Aufstellung genommen; die 2. Eskadron (in Dragoner-Uniform) ritt der 1. Eskadron gegenüber auf, und die Schützengilde und die Gewerke nahmen die vierte Seite des Platzes ein, in dessen Mitte der Regiments-Kommandeur hielt. Letzterer richtete mit sonorer Stimme eine das Spezielle sehr angemessen mit dem Allgemeinen verbindende Ansprache an die Neueingezogenen, und in das am Schlusse derselben ausgebrachte Hoch auf Se. Majestät den König stimmten Militär und Civil auf das Feurigste mit ein. Der Bürgermeister, an der Spitze des Magistrats und der Stadtverordneten, begrüßte das neue Militär im Namen der Stadt, und der Kommandeur nahm hierauf Veranlassung, der Bürgerschaft für ihr freundliches Entgegenkommen den herzlichsten Dank auszusprechen und auch ihr ebenfalls ein Hoch darzubringen.

(Eingesandt.)

Aus welchen Herren besteht das Kuratorium der Stettiner Sparkasse? Wir bitten um die Namen.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 9. März, Nachmittags. Die heute aus München am hiesigen Hofe eingetroffenen Nachrichten über das Befinden der Herzogin Sophie, Tochter des Königs Johann, lauten unbefriedigend. Schwäche und Fieber nehmen zu. Das hiesige Hoftheater bleibt heute auf Königliche Anordnung geschlossen.

München, 10. März, Morgens. Die Herzogin Sophie, Gemahlin des Herzogs Carl Theodor, ist gestern Abend 9 Uhr verschieden.

Wien, 9. März, Nachmittags. Die „Wiener Abendpost" erklärt bezüglich der durch die Tagesblätter wiedergegebenen zwei Verordnungen des Ofener General-Kommandos, ohne auf die Authenticität derartiger Mittheilungen einzugehen, daß jede Deutung, welche geeignet wäre, den durch das Kaiserliche Handschreiben vom 19. Februar bezeichneten Wirkungskreis der ungarischen Landesvertretung und des ungarischen Ministeriums in Frage zu stellen oder Mißtrauen zwischen dem vom Kaiser ernannten ungarischen Ministerium und den obersten Militärbehörden zu erwecken, weder den Intentionen der letzteren, noch der Sachlage entspreche.

Wien, 9. März, Abends. Aus Athen vom 7. d. wird gemeldet: Der griechische Dampfer „Arcadion" ist von seiner ersten Fahrt nach Kandia glücklich nach Syra zurückgekehrt und hat mehrere kandiotische Familien dorthin gebracht.

Paris, 9. März, Abends. Der „Abend-Moniteur" enthält eine Depesche des Admirals Laroncière aus Vera Cruz vom 28. v. M., welche meldet, daß jetzt im Ganzen 16,000 Mann französischer Truppen eingeschifft und auf der Rückreise befindlich seien. Die Einschiffung werde vermuthlich bis zum 8. März beendigt sein. — Die Büreaus des gesetzgebenden Körpers haben die Ermächtigung zu der Interpellation, betreffend die auswärtige Politik der Regierung, ertheilt. Die Interpellation wird am Donnerstag zur Verhandlung kommen.

London, 10. März, Vormittags. Aus Newyork vom 9. d. Mittags wird per atlantisches Kabel gemeldet: Präsident Johnson wird nicht die gebräuchliche Botschaft an den Kongreß richten.

Madrid, 9. März, Abends. Der Belagerungszustand ist im ganzen Königreiche aufgehoben worden. — Eine Preß-Verordnung setzt die Kaution auf 40,000 Realen fest und ordnet die Censur, sowie vorläufige Beschlagnahme an. Alle ohne vorgängige Autorisation veröffentlichte Druckschriften sollen als geheime angesehen werden.

Stockholm, 9. März, Nachmittags. Der Staatsausschuß hat in seinem Bericht über das Militärbudget dem Reichstage empfohlen, die von der Regierung behufs Anschaffung von Waffen geforderten 3 Millionen Reichsthaler auf 1 Million zu reduciren. Auch für die übrigen Posten des Militärbudgets beantragt der Ausschuß die Streichung von einer Million.

Konstantinopel, 9. März, Nachmittags. Es wird versichert, daß die Pforte erklärt habe, sie sei zu loyaler und praktischer Ausführung des Hat-Humayums entschlossen, halte jedoch weitere Konzessionen an die Rajahs für überflüssig. Sämmtliche Forderungen der serbischen Regierung sollen bewilligt sein. — Delegirte aus Kandia sind hier eingetroffen. — Ein heftiges Erdbeben auf der Insel Metelin (im aegaeischen Meere) wird gemeldet. Es sollen mehrere Hundert Menschen dabei umgekommen sein.

Bukarest, 9. März, Abends. Der Fürst Karl hat die Demission der Minister angenommen; die Bildung eines neuen Ministeriums ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt. Der desfallsige Versuch Stephan Golesco's, welcher mit Bildung eines Kabinets betraut war, wird als gescheitert bezeichnet.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Konstantinopel, 10. März. Nubar-Pascha ist von Alexandrien hier eingetroffen. Der frühere Kriegsminister Hussein-Pascha ist zum kommandirenden General von Bosnien ernannt. — Die Berichte aus Metelin melden von den furchtbarsten Verheerungen, welche das Erdbeben angerichtet hat.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. März. Witterung: trübe, etwas Schneefall. Temperatur + 2° R. Wind: NW.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 83—87 Rt. bez., exquisit feiner 89pfd. mit Garantie 88⅓ Rt. bez., geringer 76—82 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 83½, 84¼, 84 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni 84 Rt. Br., Juni-Juli 84½ Rt. Gd., Juli-August 84 Rt. bez.

Roggen etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco 53½—56 Rt. bez., Frühjahr 53¼ Rt. bez., 53 Rt. Gd., Mai-Juni 53½ Rt. bez., Juni-Juli 53¾ Rt. bez., Juli-August 53 Rt. Br.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl matt, loco 11¼ Rt. Br., März 11⅙ Rt. Br., April-Mai 11 1/12 Rt. bez., ⅛ Rt. Br., September-Oktober 11⅓ Rt. Br.

Spiritus verändert, loco ohne Faß 16 5/12 Rt. bez., mit Faß 16¼ Rt. bez., Frühjahr 16⅓, 7/24 Rt. bez., Mai-Juni 16⅔ Rt. Br., ½ Rt. Gd.

Berlin, 10. März, 1 Uhr 56 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84¼ bez. Staats-Anleihe 4½ % 100⅛ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137¼ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 95¼ bez. Oesterr. National-Anleihe 56¼ bez. Pomm. Pfandbriefe 90 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 189¼ Br. Amerikaner 6% 77¾ bez.

Roggen März 55 bez., 54¼ Br., Frühjahr 54 bez., 53½ Br., Mai-Juni 54, 53½ bez. Rüböl loco 11¾ Br., März 11⅓ Br., ⅙ Gd., April-Mai 11 5/12, ⅜ bez., September-Oktober 11⅚ bez. Spiritus loco 16¾ bez., März-April 16, 7/12 bez., ½ Gd., April-Mai 16 7/12 bez., ⅝ Br., Mai-Juni 16⅚, 19/24 bez.

Stettin, den 11. März.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151⅝ G	Used. - Wollin.		
"	2 Mt.	151¼ B	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143⅞ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10Tag.	6 24¾ bz	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 23 bz	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	113 G
"	2 Mt.	80 11/12 B	Union	4	102 B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	625 B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	100⅝ bz	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—	Stett. Dampf		
" "	4	90 G	Schlepp-Ges.	5	200 B
" Rentenb.	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	4	—	N. Dampfer-C.	4	93 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	100 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	80 G
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	4½	—	mühlen-Ges.	4	100 B
Starg.-P.E.A.	4½	95 G	Pommerensd.		
" Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	98 G	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—